



CDU

Martin Ehrbar

Betriebshof Verlegung jetzt!

In der Debatte um die Verlegung des Betriebshof-Standortes möchte ich mich für die CDU-Fraktion deutlich für eine zügige Verlegung auf den „Großen Ochsenkopf“ aussprechen. Nach wie vor gibt es keine bessere Alternative, ganz im Gegenteil. Folgende Aspekte sind entscheidend:

1. Bisheriger Standort überholt

Der bisherige Standort ist überholt und muss dringend ersetzt werden. Die Gebäude und Gerätschaften sind in die Jahre gekommen. Der weitere Betrieb wäre eine Zumutung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir lehnen es ab, weitere Millionen in einen städtebaulich überholten Standort zu investieren, der zudem keine zusätzlichen Kapazitäten für den Ausbau des Nahverkehrs ermöglicht und das gesamte Umfeld verhandelt. Bergheim-West verdient mehr.

2. Stadtentwicklung Bergheim-West

Der Betriebshof belegt einen zentralen Stadtraum zwischen HBF und Neuenheimer Feld, den wir für weitere Wohn- und Kleingewerbe-flächen dringend benötigen. Ein lebendiges Quartier in der Mitte von Bergheim-West ist deshalb sinnvoll. Zudem wollen wir einen „Stadtpark Bergheim“ im Herzen des Stadtteils ermöglichen und haben beantragt, die Hälfte des Geländes dafür vorzusehen. Auch befinden sich im Umfeld mit Dezernat 16, dem Coworking-Space B-Fabrik und dem Landfriedkomplex innovative Arbeitsmöglichkeiten, die man über eine geänderte Nutzung des Betriebshofgeländes aufwerten und verzahnen kann. Würde der Betriebshof am alten Standort bleiben, müsste das Dezernat 16 weichen, das haben die Befürworter des Verbleibs bereits klagemacht.

3. Standort Ochsenkopf ideal

Der Standort Ochsenkopf wäre als Alternative ideal. Hier ist die Planung schon weit vorangeschritten. Er befindet sich in direkter Nähe zum Schienennetz, sodass kaum Leerkilometer anfielen. Schließlich ist der ökologische Wert der (ausgewiesenen Gewerbe-) Fläche am Ochsenkopf umstritten, das Mikrokli-

ma wird durch die offene Bauweise nicht beeinträchtigt. Von der Bevölkerung wird der Ort kaum angenommen. Der Standort ist zudem der kostengünstigste von allen geprüften.

4. Airfield unvernünftig

Die nun von den Grünen vorgebrachte Option Airfield ist unvernünftig. Durch die abseitige Lage würden in hohem Maße Leerkilometer anfallen. Dies belastet nicht nur den städtischen Haushalt, sondern auch die Energiebilanz der RNV. Das zu vermeiden sollte gerade den Grünen wichtig sein.

Ich appelliere daher noch einmal an alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen, sich nicht länger einer stadtplanerisch und verkehrlich überfälligen Entscheidung zu verschließen!

☎ 06221 58-47160

✉ info@cdu-fraktion-hd.de



Bündnis 90/Die Grünen

Beate Deckwart-Boller

Bericht zur Sozialen Lage Heidelbergs 2018

Im letzten Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit wurde uns der Bericht zur Sozialen Lage der Stadt Heidelberg 2018 vorgestellt, den der Gemeinderat für den Doppelhaushalt 2017/2018 in Auftrag gegeben hatte. Erstellt wurde der Bericht von SIM Sozialplanung und Quartiersentwicklung München. Der erste Eindruck beim Lesen des Berichtes ist durchaus beruhigend. Weil wir keine arme Kommune sind, können wir uns den Heidelbergpass, das Sozialticket, den Nothilfefond und viele andere Maßnahmen leisten, die Menschen mit geringem Einkommen oder Bezug von Sozialleistungen unterstützen. Wir bieten bedürftigen Familien kostenlose Kindergartenplätze an und, wenn der Gemeinderat sich dafür entscheidet, können bedürftige Senior*innen ab nächstem Jahr ein 1€-Mittagessen in den Seniorenzentren bekommen. All diese Maßnahmen sind nicht selbstverständlich in deutschen Kommunen und müssen unbedingt gewürdigt werden. Aber den Bericht haben wir in Auftrag gegeben, um zu erfahren, wie

wir die Armut in unserer Stadt, die sich nicht schönreden lässt, weiter bekämpfen können. Der Bericht zeigt, dass die Schere zwischen armen und reichen Menschen in Heidelberg immer weiter auseinanderklafft und dass viele Menschen von den guten Angeboten, die es gibt, nichts wissen. Und weiterhin ist es gemäß dem Bericht wichtig, in den Stadtteilen Anlaufstellen zu haben, die man bei Fragen und Problemen leicht aufsuchen kann. Dazu zählen unbedingt die Sprechstunden zur allgemeinen Sozialberatung der Wohlfahrtsverbände, das Selbsthilfebüro oder die Bahnhofsmision, aber auch die Quartiersbüros in den Stadtteilen, die ein Quartiersmanagement haben. Diese Angebote sind nicht nur weiterzuführen, das SIM empfiehlt sogar, sie weiterzuentwickeln und auszubauen. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit, die sich in Heidelberg verfestigt, muss weiter bekämpft werden. Zum Beispiel durch eine stärkere Auftragsvergabe an Betriebe, die bereit sind, langzeitarbeitslose Menschen einzustellen. Nicht alle sozialen Probleme, die es gibt, können durch eine Kommune aufgefangen werden. Aber unsere Steuerungsmöglichkeiten sind größer als erwartet. Wenn uns Menschen in prekären Verhältnissen nicht egal sind, sollten wir in Maßnahmen investieren, die ihnen das Leben erleichtern und die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Das eine hat etwas mit dem anderen zu tun, auch das haben wir durch den Bericht erfahren.

Terminhinweis: Begehung des Airfield-Areals am Samstag, 17.11.18 um 13.30 Uhr, Treffpunkt ist Kreuzung Baumschulenweg / Diebsweg

☎ 06221 58-47170

✉ geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de



SPD

Dr. Monika Meißner

Schön wäre es, ...

... wenn der Providenzgarten zu einem kleinen Bürgerpark umgestaltet würde. Das wäre natürlich die beste Lösung im Interesse der Altstadt, in der es wenig ruhige Bereiche zum Verweilen gibt. Die

SPD-Fraktion hatte deshalb schon am 16.10. zusammen mit der Bunten Linken, Linke/Piraten und Bündnis 90/Grünen einen Antrag eingebracht, Möglichkeiten zu prüfen, den Providenzgarten durch Kauf, Grundstückstausch oder Pacht zu einem öffentlich nutzbaren Park umzugestalten. Zudem haben die SPD-StadträtInnen die Unterschriftenliste des Vereins Alt-Heidelberg mitunterzeichnet.

Allerdings gehört das Gelände der evangelischen Kirche –sie hat das Baurecht und möchte die Musikhochschule aus der Weststadt dort neu errichten. Im Gespräch der Kirche mit den Gemeinderäten wurde uns ein fast fertiges Konzept zur Verlegung der Hochschule präsentiert. In der Diskussion zusammen mit CDU, Grünen, GAL, Bunte Linke gab es viele kritische Fragen, jedoch keine pauschale Ablehnung. Es wurde uns zugesichert, dass das Gelände öffentlich nutzbar werden solle. In unserer Presseerklärung hierzu an die RNZ stand u.a.: „Für die SPD ist hierbei nicht nur der Aspekt der Altstadtökologie wichtig...Der Garten der Kirche beherbergt u.a. einen fast 200 Jahre alten Ginkgobaum, der als Naturdenkmal geschützt werden muss.“ Das wurde in dem RNZ-Artikel leider nicht erwähnt. Richtig ist, dass die SPD die Pläne der evangelischen Kirche, „die Hochschule für Kirchenmusik zu ertüchtigen“, unterstützt. Es ist bekannt, dass die finanzielle Situation der Kirche schwierig ist, weshalb manche Umstrukturierung erforderlich wird. Die evangelische Kirche leistet in der Stadt unverzichtbare soziale Arbeit. Wir begrüßen die Initiative aus der Bürgerschaft, mit der Kirche in Dialog zu treten und sie bei einer Lösungssuche zu unterstützen. Leider konnten wir nicht an dem Treffen teilnehmen, weil der gesamte Stadtrat Haushaltsberatungen hatte. Wir freuen uns, dass die Kirche nun Entgegenkommen signalisiert, und wir werden sie dabei gerne unterstützen.

☎ 06221 58-4715-0/-1

✉ geschaeftsstelle@spd-fraktion.heidelberg.de